

## **Resolution angenommen an der Delegiertenversammlung vom 3. September 2021**

### **Zum Referendum gegen das Medienpaket**

Am 18. Juni 2021 hat das Parlament dem Medienpaket zugestimmt. Dieses Paket sieht eine finanzielle Unterstützung der Medien von rund 178 Millionen Franken vor. Die Unterstützung für Online-Zeitungen ist ein Novum. **impresum** begrüsst diesen Schritt in Richtung Vielfalt, bedauert aber die Ankündigung eines Referendums gegen diese innovative Massnahme für den Journalismus.

**impresum** hat sich stark für die Annahme der Vorlagen für die Medienförderung eingesetzt (gemeinsames Schreiben mit anderen Organisationen, Interventionen bei Parlamentsmitgliedern, usw.) Der Berufsverband der Journalistinnen und Journalisten hat sich für ein ausgewogenes Gesetz und schnelle Massnahmen inmitten der Pandemiekrise stark gemacht. Mit dem Gesetz werden u.a. Print- und Online-Zeitungen, Journalistenschulen und der Schweizer Presserat direkt und indirekt unterstützt. Es ist ein konsistentes, umfassendes und kohärentes Paket.

**impresum** begrüsst insbesondere die Förderung von Online-Zeitungen, die ein Novum in der Schweiz und ein wichtiger Meilenstein angesichts des technologischen Wandels im Journalismus ist und dessen Vielfalt stärkt.

Am Dienstag, 29. Juni 2021, lancierte das Komitee "Nein zur staatlichen Finanzierung der Medien" ein Referendum gegen die vom Parlament am 18. Juni beschlossenen Massnahmen zur Unterstützung der privaten Medien. Dieses Gesetz sei "verfassungsrechtlich inakzeptabel, gefährlich für die Pressefreiheit und diskriminierend für den Wettbewerb", heisst es aus Referendumskreisen. Ob das Referendum erfolgreich ist, wird sich am 8. Oktober 2022 entscheiden.

Die Medien und der professionelle Journalismus sind für das Funktionieren einer direkten und partizipativen Demokratie in der Schweiz sehr wichtig; sie ermöglichen der Öffentlichkeit, sich eine eigene Meinung zu Fragen von allgemeinem Interesse zu bilden. Das Parlament hat damit die Bedeutung des Journalismus und der Medien anerkannt.

Dieses Referendum gegen das Medienpaket ist gefährlich für die Demokratie und die freie Meinungsbildung in Fragen von öffentlichem Interesse. Es ist unbedingt erforderlich, dass dieses Gesetzespaket so bald wie möglich in Kraft treten kann.

**impresum** setzt sich auch in diesem Abstimmungskampf für Vorlagen ein, welche die Medien und den Journalismus fördern. Zudem stehen Arbeitsplätze von Journalistinnen und Journalisten, die Vielfalt der Presse und der Online-Medien sowie der Qualitätsjournalismus auf dem Spiel.

Diese Resolution wurde von den Delegierten an der Delegiertenversammlung in Martigny am 3. September 2021 einstimmig angenommen.